

Zum Thema der anstehenden und vom Land Steiermark im Zuge der Strukturreform forcierten Gemeindegemeinschaften gehen die Wogen hoch: Wer will, der darf dann doch nicht so wollen oder soll anders als er will. Und wer soll, der will so nicht. Oder so.

Für einen Zusammenschluss der fünf Kernraumgemeinden Voitsberg, Bärnbach, Rosental, Maria Lankowitz und Köflach macht sich der Verein "Kernraumfusion" stark. Und während dieses Vorhaben quer durch alle politischen Lager breite Zustimmung findet, die ÖVP diese Forderung schon längst zum Ziel erhoben hatte und etwa sämtliche politischen Kräfte in Voitsberg mit Bürgermeister Ernst Meixner geschlossen dahinter stehen, scharmützeln die übrigen (ebenfalls SP-)Bürgermeister der Kerngemeinden um die "Eigenständigkeit" - auch wenn die eigenen Parteifreunde schon längst die Vorteile und vor allem die Unausweichlichkeit eines solchen Schrittes erkannt haben.

Nun soll hier gar nicht von den Vorteilen und Nachteilen, von den Ängsten und Befürchtungen einer solchen "Kernraumfusion" die Rede sein: Wer sich dazu informieren will, dem stehen ohnehin die Informationsveranstaltungen und die Webseite (www.kernraumfusion.at) des gleichnamigen Vereins offen. Die Rede soll hier vielmehr vom politischen Stil in unserer Region sein. Und vom Demokratieverständnis.

Vorweg: Über alle politischen Lager hinweg wird der Zusammenschluss der fünf Kernraumgemeinden befürwortet; die ÖVP hat sich schon nach Umfragen und Erhebungen der Wirtschaftskammer seit Jahren dafür ausgesprochen, "Grün" und "Blau" stehen hinter diesem Vorhaben, auch ein Großteil der im Kernraum dominierenden "Roten" ist dafür. In Voitsberg geschlossen alle politischen Fraktionen einschließlich der "Bürgerliste". Also sind eigentlich alle dafür, oder wie? Und warum geht's dann nicht?

Weil sich die Herren Bürgermeister nicht einig sind. Die Herren derselben(!) politischen Fraktion, wohlgermerkt. Deshalb. Während (oder womöglich gar weil?) der Voitsberger SP-Bürgermeister Ernst Meixner offen für einen Zusammenschluss auftritt, kommen von den übrigen vier SP-Bürgermeistern wenig freundliche Signale. Und nicht nur im Verein "Kernraumfusion" kann man sich

MEINE MEINUNG Alexandra Berger

des Eindrucks nicht erwehren, dass es augenscheinlich gar nicht willkommen ist, Fakten und Sachinformationen an die Bürger gelangen zu lassen - wobei den Vogel ja der Lankowitzer Bürgermeister Riemer abschoss, der in einer eigenen Art von Demokratieverständnis zwar die Veranstaltungsplakate zu einer Bürgerinformationsveranstaltung des Vereins in der Gemeinde entgegennehmen ließ, dann diese aber nicht zum Aushang weitergab und übrigens bis Redaktionsschluss auch nicht wieder zurückgeben konnte. Die Gemeinde könne nicht für eine solche Veranstaltung Werbung betreiben, wo doch eine Abstimmung für die Eigenständigkeit von Maria Lankowitz ausgegangen sei, richtete der Herr Bürgermeister dem Veranstaltungsmoderator, "Kleine-Zeitung" Redakteur Mag. Rainer Brinskelle, aus. (Die Veranstaltungsabgabe hatte man übrigens dennoch gleich vorgeschrieben). Na wenn das der Herr Bürgermeister so meint? Dann erklärt diese professionelle Linie wohl auch, dass es Lankowitz bis heute nicht geschafft hat, seine Stellung als Wallfahrtsort entsprechend umzusetzen, darin kläglich weit und unerreichbar hinter Mariazell dahindümpelt und durch die (private) Sport- und Freizeitanlage Piberstein und vom rührigen Altbürgermeister gesponserten Fußballvereine weitaus bekannter ist denn als Wallfahrtsort.

Dass es auch anders geht, zeigt der Rosentaler Bürgermeister Schriebl: Auch hier war eine Abstimmung gegen die Eingemeindung mit Voitsberg ausgegangen; für ihn dennoch kein Anlass, die Informationsveranstaltung zu boykottieren.

Auch wenn aus dem Köflacher Rathaus noch kein positives Signal zur Kernraumfusion vorliegt: Die gesamte ÖVP, die Grünen, die FPÖ und ein erheblicher Teil der SP-Mandatare, insgesamt die Mehrheit im Gemeinderat, unterstützen das Vorhaben und stellen Gemeinschafts- vor Eigeninteresse. Freilich: Wenn im Einzelfall Gemeinderäte der Unterstützung der Anliegen des Vereins ungeachtet der Faktenlage geradezu mit einem Veitstanz an Ausflüchten begegnen, dann dringt halt doch eines durch: Die opportune Ehrfurcht vor dem Herrn Bürgermeister - aber das ist eben eine Frage des politischen und des persönlichen Stils. Oder des Gewissens?

Faktum ist: Intention des Landes ist es, der ländlichen Abwanderung mit all ihren Konsequenzen für Kleingemeinden gegenzusteuern und leistungsfähige Einheiten zu bilden. Faktum ist auch, dass der Kernraum des Bezirks praktisch und im Alltagsleben bereits fusioniert, also zusammengewachsen ist. Die rechtliche

und politische Umsetzung dieses "Ist"-Zustandes ist somit nur eine Frage der Zeit.

Zeit auch für an der Pensionsgrenze kratzende Bürgermeister, sich die Frage zu stellen: Kann und soll ich mich gegen den Willen sämtlicher politischer Fraktionen, ja sogar eines nicht unerheblichen Teils der eigenen Mannen, gegen faktische Notwendigkeiten stellen? Mit welcher Rechtfertigung? Kann ich das vor der Zukunft verantworten? Und wer sich mit der Faktenlage vertraut macht, alle Umstände abwägt, der wird erkennen: Es wird kein Weg daran vorbeiführen, sich in die Diskussion einzulassen. Und "Eigenständigkeit" kann sich auch in einer neuen Stadt, in einer Großgemeinde, definieren.

Ob Maria Lankowitz "eigenständig" bleibt, der Bürgermeister "in einem eigenständigen Lankowitz in Pension gehen" kann oder hier gar wieder der Schilling eingeführt wird? Das wird sich alles weisen ...

Dies und das und überhaupt

Ein Ausblick - der bald der Vergangenheit angehört: Nicht



nur, weil der Fotostandort, der Schlot der ÖDK, bald abgetragen sein sollte. Fünf Kernraumgemeinden auf einem Bild - auch das sollte bald Vergangenheit sein, wenn es nach den Intentionen des Vereins "Kernraum-

fusion" geht, der mit Unterstützung aller wirklich wichtigen

politischen Kräfte des Bezirks eine Zusammenlegung der Kernraumgemeinden anstrebt. "Fünf Gemeinden - eine große Stadt" lautet die Zukunftsdevise. Bei der Vorstellung des Vereins in Piber



und natürlich bei allen Veranstaltungen des Bezirkes immer



und überall dabei: unser Fotograf und Weststeirer-Mitgesellschafter Robert Ces, dessen professionelle Fotos auch von unseren Mitbewerbern gerne abgedruckt werden. Aber was wird

eine Zusammenlegung den Gemeindefunktionären be-

scheren? Keine Angst davor hat der Voitsberger Stadtrat Werner Blumauer, den wir erwisch haben, als er am helllichten Tag mitten in Voitsberg das "nach-Hause-Gehen" übte: Wird ihm die Last der politischen Verantwortung, so schwer wie



seine Aktentasche, fehlen? Oder wird er womöglich Oberbürgermeister? Wer weiß? Aber "Angst" - das ist den Voits-



bergern ohnehin weitgehend fremd: Keine Angst hatte jedenfalls "Centro"-Lady "Naci" bei der Fütterung des großen bösen Wolfes Hektor mitten am Voitsberger Hauptplatz. Keine Angst - und zwar

weder vor dem bösen Wolf noch vor politischer Verantwortung - hat Siegfried Steuerer. Der Bürgermeister von Salla zeigt auf: Die Zukunft

liegt in der Gemeindezusammenlegung. Und so trägt er auch konsequent den "Kernraumfusionsbutton".



Gemeindefusion: Alle wollen, aber keiner traut sich's sagen dürfen...?

Fusion-irren?

Die Zahl von 542 steirischen Gemeinden soll - geht es nach dem Willen der Landesregierung - ab 2015 auf nur noch 285 Gemeinden reduziert werden: Fusionieren ist angesagt: Aber nicht überall finden die Ideen des Landes ungeteilte Zustimmung - und dort, wo's freiwillig klappen würde, hat vielleicht das Land wieder andere Ideen. Wo die Politik versagt, sind die Bürger aufgerufen, sinnvoll mitzugestalten: Und so hat sich im Bezirk Voitsberg mit dem Verein "Kernraumfusion" eine Gruppe gefunden, die die Zusammenlegung der fünf großen Gemeinden unserer Region - eben des "Kernraums" - forciert.



Die Idee ist dabei gar nicht neu und spiegelt sich auch in der Motivation der "Gemeindestrukturreform" des Landes Steiermark wieder: Den Folgen des Bevölkerungsrückganges - vor allem in ländlichen Gebieten - muß wirksam begegnet werden, will man die gewohnte Infrastruktur erhalten. "Stärkere Gemeinden - größere Chancen" lautet dementsprechend das Leitbild der Strukturreform des Landes.

Auch die weststeirische Kernregion ist von rückläufigen Bevölkerungszahlen gekennzeichnet: Das Ende des Kohlebergbaus und der Verlust der damit verbundenen Arbeitsplätze begünstigt die Abwanderungstendenzen. Die nachhaltige Ansiedlung neuer Betriebe gelingt schwer, der Tourismus allein kann das Fehlende nicht wettmachen: Die Folge ist Überalterung, Arbeitslosigkeit, der Verlust von Kaufkraft und Steuereinnahmen - damit aber auch die Unfinanzierbarkeit der Erhaltung oder gar des Ausbaus dringend notwendiger Infrastruktur: Der Zustand der Hauptverkehrsader in den Bezirk, der B70, spricht für sich. Immer kleiner und finanzschwächer werdende Gemeinden können ihre ursprünglichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen - vor allem dann, wenn diese Infrastruktur wie im Bezirk in "guten Zeiten" gewachsen ist und nun eben erhalten werden muß: Der Zustand der Wege und Straßen sticht jedem ins Auge - beim Kanal, der Wasserleitung, den Schulen, der Schneeräumung merkt's der Einzelne dann erst später und im Anlassfall. Und es leuchtet wohl ein: Niemand würde auf die Idee kommen, einer Stadt mit 25.000 Einwohnern eine Geburtenstation oder gar das Spital wegzunehmen. Betroffen ist somit jeder Einzelne: in seiner persönlichen Lebensqualität, wirtschaftlich und sozial.

Seitens der Wirtschaftskammer Voitsberg wurde vor dem Hintergrund bestehender Analysen über die Bevölkerungsentwicklung der Region schon vor mehr als fünf Jahren die Notwendigkeit einer Zusammenlegung der Kernraumgemeinden erhoben und dazu in Umfragen eine breite und auch von den Wirtschaftsbetrieben getragene Zustimmung der Bevölkerung festgestellt - eine Zustimmung, die sich mittlerweile durch alle politischen Lager zieht: Quer über alle politischen Fraktionen bekennen sich Funktionäre zum Zusammenschluss der fünf Kernraumgemeinden zu einer großen Stadt, in der Bezirkshauptstadt Voitsberg stehen sämtliche politische Parteien geschlossen hinter dem Ziel der Schaffung einer großen Kernraumgemeinde. Gespalten zeigt sich die Situation in der SPÖ: Während Voitsberg einhellig für die Gemeindefusion steht, zeigen sich die SPÖ-Bürgermeister der übrigen Orte abwartend bis ablehnend: Rosental und Lankowitz verweisen auf eine Volksbefragung (die allerdings nicht den Zusammenschluss der fünf Gemeinden zum Gegenstand hatte), in Bämbach und Köflach signalisieren die Ortschefs wenig Bereitschaft zur Gemeinsamkeit - auch wenn in Köflach ein Gutteil der SP-Gemeinderäte bereits Unterstützungserklärungen für eine Kernraumfusion unterzeichnet hat. Womit sich die wohl historisch einmalige Situation ergibt, dass zwar quer durch alle politischen Lager eine Mehrheit für eine Kern-



raumfusion gefunden werden kann - allein die fünf SP-Gemeindechefs können sich nicht einigen.

Und hier setzt der Verein "Kernraumfusion" unter Obmann Mag. Martin Unterlechner an: "Es gilt, die Bevölkerung zu informieren, um für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder handeln zu können. Bisherige Entscheidungen wurden auf politischer Ebene, Umfragen und Abstimmungen meist ohne entsprechende Informationsgrundlage getroffen" - womit auch das Abstimmungsergebnis in Maria Lankowitz und Rosental zu erklären sei, unabhängig davon, dass hier eben auch die Zusammenlegung mit der jeweils angrenzenden Stadt Anlass zur Abstimmung war. "Dass bei einer 'Eingemeindung' Ängste und Vorbehalte bestehen, ist verständlich - hier geht's aber nicht um eine Eingemeindung, sondern um einen partnerschaftlichen Zusammenschluss der fünf Kernraumgemeinden zu einer neuen Stadt".

Ängste und Vorbehalte auszuräumen - das ist es, was sich der Verein durch umfassende Information der Bevölkerung zum Ziel gesetzt hat. Und tatsächlich sehen sich Unterlechner und Mitstreiter mit vielerlei Ängsten konfrontiert: Vereine würden zusammengelegt werden, Schulen geschlossen, Feuerwehren fusioniert, Arbeitsplätze gefährdet. In mehreren Bürgerinformationsveranstaltungen, aber auch über eine Fülle von Informationen auf der Webseite des Vereins (www.kernraumfusion.at) wird versucht, diesen Ängsten entgegenzutreten - mit Erfolg, wie viele Reaktionen zeigen.

Tatsache ist: Für einen Eingriff in Vereinsstrukturen besteht weder eine rechtliche Möglichkeit noch tatsächliche Notwendigkeit - im Gegenteil: Nur eine finanzstarke Gemeinde ist auch zur Subventionierung ihrer Vereine in der Lage; das Thema "Feuerwehr" hat mit Gemeindefusionen gar nichts zu tun, von Schulschließungen und Infrastrukturverlust sind allein Kleingemeinden betroffen.

Und Tatsache ist: Durch eine Fusionierung stünden schon aus gesetzlichen Vorgaben zur Umlagenverteilung jährlich Mehreinnahmen von bis zu sechs Millionen Euro zu erwarten, dazu käme aus der Strukturvereinfachung entsprechendes Einsparungspotenzial - so etwa wären dann statt bisher 117 Gemeinderatsmandatären

nur noch 31 notwendig; wobei allein dadurch niemand arbeitslos würde, zumal die Funktionärstätigkeit kaum hauptberuflich ausgeübt wird.

Gemeindezusammenlegungen hat es im Bezirk schon in der Vergangenheit gegeben - man denke an Pichling, an Lobming oder an Tregist. Auch nach einer Gemeindefusionierung können Ortsnamen, ja sogar politische Strukturen - etwa das Rathaus als Ansprechstelle mit einem "Ortsvorsteher" - behalten werden. Das Land Steiermark definiert das Ziel der Strukturreform mit der "Schaffung wirtschaftlich leistungsfähiger und professioneller Gemeinden, die die Grundversorgung der Bevölkerung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen im jeweiligen Gemeindegebiet abdecken".

Darum geht's also: leistungsfähige, professionelle Einheiten zu schaffen. Und betrachtet man das Gerangel der SP-Bürgermeister um den Erhalt der einzelnen Strukturen, so erkennt man - von "Professionalität", wie sie das Land fordert, ist hier wohl wenig zu



spüren. Dass die Information der Bürger auch als treibende Kraft "von unten" wirken kann, haben Mitstreiter des Vereins "Kernraumfusion" bereits bei der endgültigen Stilllegung des Voitsberger Dampfkraftwerks bewiesen: Der Bürger ist es letztlich, der gestaltet. Dazu bedarf es freilich aufgeklärter, informierter und vor allem am Geschick ihrer Region interessierter Bürger.

Mag. Walter Friedrich, Bezirkssprecher der Grünen, steht mit seiner Partei kompromisslos hinter der Fusion der Kernraumgemeinden und bringt es auf den Punkt: "Der Zusammenschluss der fünf Kernraumgemeinden ist eine zum Überleben der Region notwendige Maßnahme. Eine Idee eben, deren Zeit gekommen ist, unausweichlich, ohne Alternative! Sowohl die Vernunft als auch das Gefühl sagen: Befindlichkeiten einzelner Politiker müssen dem Gemeinwohl, also der notwendigen Kernraumfusion, untergeordnet werden!"

Mehr Infos und alle Zahlen zur Gemeindezusammenlegung sind auf www.kernraumfusion.at zu finden. Infos des Landes: www.gemeindestrukturreform.steiermark.at